

Stadt Klütz

Beschlussvorlage

BV/02/23/030

öffentlich

Beitritt zur Initiative "Lebenswerte Städte"

<i>Organisationseinheit:</i> City- & Tourismusmanagerin <i>Bearbeiter:</i> Sabine Stöckmann	<i>Datum</i> 07.03.2023 <i>Verfasser:</i> Amiyo Ruhnke
--	---

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Wirtschafts-, Tourismus- und Umweltausschuss der Stadt Klütz (Vorberatung)	14.03.2023	Ö
Hauptausschuss der Stadt Klütz (Vorberatung)	17.04.2023	N
Stadtvertretung Klütz (Entscheidung)	02.05.2023	Ö

Sachverhalt:

Die Initiative "Lebenswerte Städte" fordert den Bund auf, den Städten und Kommunen die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass Kommunen Tempo30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

Der Text der Erklärung der Initiativstädte (aus dem Positionspapier, Stand Juli 2021) lautet wie folgt:

Die für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Bürgermeister:innen und Stadtbaurät:innen der unterzeichnenden Städte erklären daher:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neuregelung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur

Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Es entstehen keine Kosten bei einem Beitritt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung der Stadt Klütz beschließt, sich der Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" anzuschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Beschreibung (bei Investitionen auch Folgekostenberechnung beifügen - u.a. Abschreibung, Unterhaltung, Bewirtschaftung)	
<input type="checkbox"/>	Finanzierungsmittel im Haushalt vorhanden.
<input type="checkbox"/>	durch Haushaltsansatz auf Produktsachkonto:
<input type="checkbox"/>	durch Mitteln im Deckungskreis über Einsparung bei Produktsachkonto:
<input type="checkbox"/>	über- / außerplanmäßige Aufwendung oder Auszahlungen
<input type="checkbox"/>	unvorhergesehen <u>und</u>
<input type="checkbox"/>	unabweisbar <u>und</u>
<input type="checkbox"/>	Begründung der Unvorhersehbarkeit und Unabweisbarkeit (insbes. in Zeiten vorläufiger Haushaltsführung auszufüllen):
Deckung gesichert durch	
<input type="checkbox"/>	Einsparung außerhalb des Deckungskreises bei Produktsachkonto:
<input checked="" type="checkbox"/>	Keine finanziellen Auswirkungen.

Anlage/n:

1	Positionspapier-Staedteinitiative-lebenswertestaedte öffentlich
2	staedteinitiative_beitritt_muster öffentlich
3	Onlinekonferenz 02022023_Programm öffentlich

LEBENSWERTE STÄDTE DURCH ANGEMESSENE GESCHWINDIGKEITEN – EINE NEUE KOMMUNALE INITIATIVE FÜR STADTVERTRÄGLICHEREN VERKEHR

Die Städte und Gemeinden in Deutschland stehen beim Thema Mobilität und Verkehr vor großen Herausforderungen. Eine stadt- und umweltverträgliche Gestaltung der Mobilität ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Städte.

Lebendige, attraktive Städte brauchen lebenswerte öffentliche Räume. Gerade die Straßen und Plätze mit ihren vielfältigen Funktionen sind das Aushängeschild, das Gesicht der Städte. Sie prägen Lebensqualität und Urbanität.

Diesen Anspruch mit den Mobilitäts-, Erreichbarkeits- und Teilhabeerfordernissen von Menschen und Wirtschaft zu vereinbaren, ist eine zentrale Aufgabe.

Ein wesentliches Instrument zum Erreichen dieses Ziels ist ein stadtverträgliches Geschwindigkeitsniveau im Kfz-Verkehr auch auf den Hauptverkehrsstraßen. Dort produziert der Autoverkehr in den Städten seine höchste Verkehrsleistung. Dort verursacht er aber auch die meisten negativen Auswirkungen – von den Lärm- und Schadstoffbelastungen für die dort lebenden Menschen über die Unfallgefahren bis zum Flächenverbrauch. Seit langem wissen wir, dass im Hinblick darauf eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h erhebliche positive Auswirkungen haben würde:

- **Die Straßen werden wesentlich sicherer**, gerade für die besonders Gefährdeten, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs bzw. mobilitätseingeschränkt sind.
- **Die Straßen werden leiser** – und das Leben für die Menschen, die an diesen Straßen wohnen, deutlich angenehmer und gesünder.
- Bei Gewährleistung eines guten Verkehrsflusses **kann auch die Luft in den Straßen sauberer werden**, was allen zu Gute kommt, die hier unterwegs sind.
- **Die Straßen gewinnen ihre Funktion als multifunktionale Orte zurück**, die mehr sind als Verbindungen von A nach B.
- Und schließlich: **die Straßen werden wieder lesbarer**, Regeln einfacher und nachvollziehbarer (kein Flickenteppich mehr), das Miteinander wird gestärkt, der Schilderwald gelichtet.

Die Leistungsfähigkeit für den Verkehr wird durch Tempo 30 nicht eingeschränkt, die Aufenthaltsqualität dagegen spürbar erhöht. Und auf die Länge des Straßennetzes bezogen ist Tempo 30 in den allermeisten Städten ohnehin schon längst die Regel und nicht mehr die Ausnahme. Dies heißt auch: Tempo 30 ist eine Maßnahme für die Städte und Gemeinden und die Menschen, die dort wohnen - es ist keine Maßnahme, die sich gegen den Autoverkehr richtet.

Deshalb muss das Straßenverkehrsrecht zulässige Höchstgeschwindigkeiten innerorts (30 km/h als Regel, andere Geschwindigkeiten je nach örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen als Ausnahme) neu regeln. Die Kommunen haben immer noch nicht die Möglichkeit zu entscheiden, wann und wo Geschwindigkeiten flexibel und ortsbezogen angeordnet werden. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit muss endlich überall über die zuständigen Straßenverkehrsbehörden so angeordnet werden können, wie es unter Abwägung aller relevanten umwelt-, verkehrs- und städtebaubezogenen Belange angemessen ist. Dies nutzt den Städten, erweitert ihre Gestaltungsfreiheit und öffnet ihre Entwicklung in Richtung mehr Lebendigkeit, Lebensqualität und Nachhaltigkeit.

Die Städte und Gemeinden brauchen einen neuen straßenverkehrsrechtlichen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, Tempo 30 als verkehrlich, sozial, ökologisch und baukulturell angemessene Höchstgeschwindigkeit dort anzuordnen, wo sie es für sinnvoll erachten - auch für ganze Straßenzüge im Hauptverkehrsstraßennetz und ggf. auch stadtweit als neue Regelhöchstgeschwindigkeit.

Diese Forderung ist alles andere als radikal – sie ist anderswo in Europa längst umgesetzt und bewegt sich auch in Deutschland in einem Umfeld von aktuellen politischen Positionierungen, die die Dringlichkeit dieser Anpassung des Rechtsrahmens unterstreichen:

- Der **Deutsche Bundestag** hat am 17.01.2020 in seiner mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommenen **Entschließung „Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr“** einen eindeutigen Auftrag an den Bund formuliert, den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, von der innerörtlichen Regelhöchstgeschwindigkeit von 50 km/h nach eigenem Ermessen auch auf Hauptverkehrsstraßen abzuweichen, wenn es den stadtpolitischen Zielen dient. So wird in der Entschließung u. a. gefordert, *„es Kommunen durch eine Veränderung der gesetzlichen Vorgaben zu erleichtern, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für ganze Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen“*.
- Die **Verkehrsministerkonferenz der Länder (VMK)** hat am 16.04.2021 zum Tagesordnungspunkt **„Sicherheit und Attraktivität des Fußverkehrs“** den Bund einstimmig aufgefordert, die in einer Ad-Hoc-AG der VMK erarbeiteten Vorschläge *„im Rahmen einer zeitnahen Novellierung des Rechtsrahmens, insbesondere von StVO, der VwV-StVO und Straßenverkehrsgesetz, in Abstimmung mit den Ländern ggf. zu berücksichtigen“*. Zu diesen Vorschlägen gehört u. a. eine Ergänzung des § 39 StVO (*„Innerhalb geschlossener Ortschaften ist auch auf Vorfahrtsstraßen (Zeichen 306) mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von weniger als 50 km/h zu rechnen“*) und ein Modellversuch zur Umkehrung der Regelgeschwindigkeit innerorts von 50 km/h auf 30 km/h.

- Das **Bundeskabinett** hat seiner Sitzung am 23.04.2021 einen neuen **Nationalen Radverkehrsplan (NRVP)** beschlossen, u. a. mit der Feststellung, dass es bedeutsam ist, *„in Mischverkehren Geschwindigkeitsunterschiede zwischen den Verkehrsteilnehmenden zu reduzieren“*. Damit liefert der Bund eine weitere Begründung, Tempo 30 auch im Hauptverkehrsstraßennetz anzuordnen.
- Das am 29.04.2021 *veröffentlichte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz des Bundes* formuliert zudem einen klaren Handlungsauftrag an den Bund: Er muss so rasch wie möglich alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Maßnahmen ergreifen, um auch die Mobilitäts- und Verkehrswende voranzutreiben. Auch wenn niedrigere innerörtliche Höchstgeschwindigkeiten nur in geringem Umfang direkten Einfluss auf die CO₂-Emissionen haben: Sie sind ein zentrales Element einer Stadtverkehrspolitik, die die Nutzung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes stärken und damit auch die klimaschädlichen Auswirkungen des Autoverkehrs verringern will.

Bei der Forderung, die Handlungsspielräume der Städte bei der Anordnung von Tempo 30 im Hauptverkehrsstraßennetz der Städte zu vergrößern, geht es nicht um eine undifferenzierte und pauschale Maßnahme. Die Änderung des Rechtsrahmens soll deshalb durch ein vom Bund gefördertes und zentral evaluiertes **Modellvorhaben** in mehreren Städten begleitet werden. Das Modellvorhaben ermöglicht, verschiedene Aspekte vertieft zu untersuchen, die genauerer Betrachtung bedürfen. Das hilft, bei der Anwendung des neuen Rechtsrahmens etwaige negative Begleiteffekte der Neuregelung minimieren zu können bzw. ggf. rechtlich nachzusteuern. Das Modellvorhaben kann u. a. folgende Themen umfassen:

- Der **straßengebundene ÖPNV** darf durch niedrigere zulässige Höchstgeschwindigkeiten im Hauptverkehrsstraßennetz nicht signifikant benachteiligt werden. Es soll untersucht werden, in welchem Umfang solche Nachteile auftreten (z. B. Reisezeit, Auswirkungen auf betriebliche Kosten) und mit welchen Maßnahmen sie kompensiert werden können.
- Auf vielen Hauptverkehrsstraßen kann aus Platzgründen nicht oder nur mit erheblichem zeitlichem Vorlauf eine ausreichend dimensionierte separate **Radverkehrsinfrastruktur** geschaffen werden. Die Anordnung von Tempo 30 kann hier (auch als Zwischenlösung) bei Mischverkehr bzw. nicht ausreichenden Infrastrukturangeboten (z. B. Schutzstreifen) die Sicherheit erhöhen. Dazu fehlt es aber bislang an belastbaren Untersuchungen.
- Tempo 30 im innerörtlichen Hauptverkehrsstraßennetz soll nicht zu **Verdrängungseffekten** mit einer erhöhten Belastung untergeordneter Straßen führen. Besondere Bedeutung hat deshalb ein störungsarmer Verkehrsfluss. Es können ggf. aber auch ergänzende regulierende Maßnahmen im Nebennetz sinnvoll sein (z. B. Höchstgeschwindigkeiten < 30 km/h, Umgestaltung von Quartiersstraßen nach dem Vorbild von „Superblocks“ und anderes).

ERKLÄRUNG

Die für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Bürgermeister:innen und Stadtbaurät:innen der unterzeichnenden Städte erklären daher:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

6. Juli 2021 [im Original mit Unterschriften der Beigeordneten]

Stadt Freiburg im Breisgau
Bürgermeister

Stadt Leipzig
Bürgermeister und Beigeordneter

Stadt Aachen
Stadtbaurätin und Beigeordnete

Stadt Augsburg
Baureferent

Landeshauptstadt Hannover
Stadtbaurat

Stadt Münster
Stadtbaurat und Beigeordneter

Stadt Ulm
Bürgermeister

Die Initiative wird unterstützt von folgenden Städten und Gemeinden:

Beitritt bis zum 8. Dezember 2021 (in der Reihenfolge des Eingangs)

[Im Original: Erklärungen Oberbürgermeister/in, Bürgermeister/in, Beigeordnete oder Stadt-/Gemeinderatsbeschluss]

Stadt Darmstadt
(Stadtrat Michael Kolmer)

Stadt Marktoberdorf
(Erster Bürgermeister Dr. Wolfgang Hell, Beschluss)

Stadt Konstanz
(Bürgermeister Karl Langensteiner-Schönborn)

Stadt Friedrichshafen
(Bürgermeister Dieter Stauber)

Großstadt Pforzheim
(Bürgermeisterin Sybille Schüssler)

Stadt Tübingen
(Baubürgermeister Cord Soehlke)

Kreisstadt Lörrach
(Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdić)

Stadt Göppingen
(Baubürgermeisterin Eva Noller)

Stadt Weinstadt
(Erster Bürgermeister Thomas Deißler)

Stadt Mannheim
(Bürgermeister Ralf Eisenhauer)

Gemeinde Pullach i. Isartal
(Zweiter Bürgermeister Andreas Most)

Stadt Hildesheim
(Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer)

Neustadt am Rübenberge
(Bürgermeister Dominic Herbst)

Stadt Lüneburg
(Stadtrat Markus Moßmann)

Gemeinde Neufahrn bei Freising
(Erster Bürgermeister Franz
Heilmeier)

Markt Murnau am Staffelsee
(Erster Bürgermeister Rolf Beuting)

Stadt Dessau-Roßlau
(Beigeordnete Sabrina Nußbeck)

Großstadt Wolfsburg
(Stadtrat Andreas Bauer)

Großstadt Mönchengladbach
(Stadtdirektor und technischer
Beigeordnete Dr. Gregor Bonin)

Gemeinde Salzatal
(Bürgermeisterin Ina Zimmermann)

Verbandsgemeinde Goldene Aue
Gemeinde Berga (Kyffhäuser)
Bürgermeisterin Katrin Treppschuh
Gemeinde Brücken-Hackpfüffel
(Stellv. Bürgermeister Christoph
Vogler)

Gemeinde Edersleben
(Bürgermeisterin Claudia Renner)

Stadt Kelbra
(Bürgermeister Lothar Bornkessel)

Gemeinde Wallhausen
(Bürgermeister Udo Härtig)

Stadt Eggenfelden
(Erster Bürgermeister Martin Biber)

Stadt Koblenz
(Beigeordneter Bert Flöck)

Stadt Wuppertal
(Technischer Beigeordneter Frank
Meyer)

Stadt Vöhringen
(Bürgermeister Michael Neher)

Stadt Laatzten
(Stadtrat Axel Grüning)

Große Kreisstadt Eisingen/Fils
(Beschluss)

Kreisstadt Miesbach
(Erster Bürgermeister
Dr. Gerhard Braunmiller)

Stadt Dettelbach
(Beschluss)

Stadt Bonn
(Stadtbaurat Helmut Wiesner)

Stadt Kempen
(Technischer Beigeordneter Torsten
Schröder)

Stadt Karlsruhe
(Oberbürgermeister Frank Mentrup)

Großstadt Erlangen
(Oberbürgermeister Dr. Florian Janik)

Stadt Bamberg
(Oberbürgermeister Andreas Starke,
Beschluss)

Kreisstadt Bad Schwalbach
(Bürgermeister Markus Oberndörfer,
Beschluss)

Stadt Wolfratshausen
(Erster Bürgermeister Klaus
Heilinglechner)

Stadt Lindenberg i. Allgäu
(Beschluss)

Großstadt Braunschweig
(Oberbürgermeister Ulrich Markurth)
(Beschluss)

Stadt Coswig (Anhalt)
(Bürgermeister Axel Clauß)

Stadt Wörth am Rhein
(Beigeordneter Dr. Thomas Krämer)

Stadt Ronnenberg
(Beschluss)

Stadt Coburg
(Oberbürgermeister Dominik
Sauerteig)

Stadt Oldenburg
(Oberbürgermeister Jürgen
Krogmann)

Große Kreisstadt Kitzingen
(Beschluss)

Stadt Marburg
(Oberbürgermeister Dr. Thomas
Spieß, Beschluss)

Stadt Biberach an der Riß
(Baubürgermeister Christian
Kuhlmann)

Markt Altdorf
(Beschluss)

Stadt Friedberg (Hessen)
(Erste Stadträtin Marion Götz,
Beschluss)

Markt Mering
(Erster Bürgermeister Florian A.
Mayer)

Stadt Hof
(Beschluss)

Stadt Halle (Saale)
(Bürgermeister Egbert Geier)

Stadt Idstein
(Beschluss)

Stadt Krefeld
(Beigeordneter Marcus Beyer,
Beschluss)

Stadt Senden (Bayern)
(Erste Bürgermeisterin
Claudia Schäfer-Rudolf) (Beschluss)

Stadt Saarbrücken
(Oberbürgermeister Uwe Conradt)

Stadt Maintal
(Bürgermeisterin Monika Böttcher)
(Beschluss)

Stadt Viernheim
(Bürgermeister Matthias Baaß)

Stadt Köln
(Beigeordneter Ascan Egerer)

Stadt Düsseldorf
(Beigeordneter Jochen Kral)
(Beschluss)

Stand: 08.12.2021

„Beitritt“ zur Initiative

Vorbemerkung:

Der "Beitritt" erfolgt in der Regel durch formlose Erklärung eines/r politisch Verantwortlichen (Beigeordnete(r) oder Bürgermeister(-in)). Dies kann aber auch genauso durch die Übermittlung eines entsprechenden Gemeinderats-/Stadtratsbeschluss (mit Unterschrift) erfolgen.

Die beiden folgenden Varianten sind demnach als Muster zu verstehen, die Sie gerne nutzen können.

Für weitere Fragen stehen Ihnen die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle der Initiative zur Verfügung.

Stadt Leipzig
Dezernat für Stadtentwicklung und Bau
Geschäftsstelle der Initiative
„Lebenswerte Städte und angemessene Geschwindigkeiten“
04092 Leipzig

Initiative@lebenswerte-staedte.de

**„Beitritt“ zur Initiative, Variante 1:
[IHR BRIEFKOPF]**

Stadt Leipzig
Dezernat für Stadtentwicklung und Bau
Geschäftsstelle der Initiative
„Lebenswerte Städte und angemessene Geschwindigkeiten“
04092 Leipzig

Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ – Erklärung der **[IHRE STADT ODER GEMEINDE]** und Wunsch nach Mitzeichnung des Positionspapiers.

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Hiermit zeichne ich Namen der **[IHRE STADT ODER GEMEINDE]** das Positionspapier der Städteinitiative mit.

Mit freundlichen Grüßen

[VERANTWORTLICHE(R)], Unterschrift
[VERANTWORTLICHE(R)], Name

**„Beitritt“ zur Initiative, Variante 2:
[IHR BRIEFKOPF]**

Stadt Leipzig
Dezernat für Stadtentwicklung und Bau
Geschäftsstelle der Initiative
„Lebenswerte Städte und angemessene Geschwindigkeiten“
04092 Leipzig

Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtrat/Gemeinderat/die Stadtverordnetenversammlung der **[IHRE STADT ODER GEMEINDE]** hat in ihrer Sitzung vom 00.00.2022 beschlossen, sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ anzuschließen.

Wir möchten Sie daher bitten, die **[IHRE STADT ODER GEMEINDE]** in die Liste der Unterstützer aufzunehmen. Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Engagement auch in künftigen Verlautbarungen zu dieser Initiative sichtbar werden lassen.

Mit freundlichen Grüßen

[VERANTWORTLICHE(R)], Unterschrift
[VERANTWORTLICHE(R)], Name

Online-Konferenz der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

2. Februar 2023, 16:00 – 18:30 Uhr

[Anmeldung zur Konferenz / Online-Formular](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Mittelpunkt des Programms steht wie schon angekündigt das Thema Verkehrsversuche im Kontext der Europäischen Mobilitätswoche 2023. Beim „Open Space“ zum Schwerpunktthema sind weiter Sie gefragt: Stuttgart, Darmstadt und Leipzig haben Ihre Beteiligung bereits zugesichert. Die Anmeldung Ihres Kurzinputs zum Einstieg (Thema Verkehrsversuche und andere Initiativen für mehr Tempo 30, ca. 5 Minuten, max. 3 Folien) ist noch bis zum 27. Januar per E-Mail an initiative@lebenswerte-staedte.de möglich. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.

Die Initiative

Schon über 390 Städte, Gemeinden und Landkreise haben sich der Initiative für mehr kommunale Handlungsfreiheit bei der Anordnung innerörtlicher Höchstgeschwindigkeiten im Straßenverkehr angeschlossen. Auch Verbände wie der Deutsche Städtetag unterstützen die Forderungen der Initiative, die mittlerweile eine hohe mediale und politische Aufmerksamkeit auf Bundesebene erfährt. Das zeigen u. a. Einladungen zu Hearings und Veranstaltungen, aber auch die Berichterstattung. Auch auf der letzten Verkehrsministerkonferenz waren die Forderungen der Initiative im Rahmen der Diskussion zum Straßenverkehrsrecht ein Thema.

Das Ziel

Im Jahr 2023 wird sich entscheiden, ob in der laufenden Legislaturperiode des Bundestages relevante Anpassungen des Straßenverkehrsrechts im Sinne der Ziele der Initiative realisiert werden können. Es ist deshalb an der Zeit, dass sich die Beitrittskommunen und weitere Interessierte erneut zum Stand der Dinge austauschen und die anstehenden Aktivitäten erörtern, um den Forderungen der Initiative Geltung zu verschaffen. Dabei geht es auch darum, im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche im September 2023 in Kooperation mit dem Umweltbundesamt eine gemeinsame Aktion mit hoher öffentlicher Aufmerksamkeit durchzuführen: möglichst viele kommunale Verkehrsversuche zu Tempo 30 (gemäß der entsprechenden Regelung in der StVO) und andere Aktivitäten im Sinne der Initiative.

Das Programm der Online-Konferenz 2023

16:00	Begrüßung und Einführung	Thomas Dienberg, Baubürgermeister der Stadt Leipzig, Sprecher der Initiative „Lebenswerte Städte“
16:10	Sachstand zur Arbeit der Städteinitiative (Mitgliederentwicklung, Austausch mit dem Bundesverkehrsministerium, Entwicklungen auf bundespolitischer Ebene, geplante Aktivitäten u. a.)	Henning Croissant, Stadt Leipzig, Geschäftsstelle der Initiative „Lebenswerte Städte“
<i>Schwerpunktthema ...</i>		

16:20	<i>Gemeinsam Flagge zeigen</i> – Vorstellung der Idee gemeinsamer Aktivitäten für mehr Tempo 30 während der Europäischen Mobilitätswoche	<i>Frauke Burgdorff, Stadtbaurätin der Stadt Aachen, Sprecherin der Initiative „Lebenswerte Städte“</i>
16:30	<i>Die Europäische Mobilitätswoche: Hintergrund, Mitwirkungsmöglichkeiten, Unterstützungsangebote</i>	<i>Miriam Dross, Umweltbundesamt</i>
16:40	<i>Verkehrsversuche und andere Initiativen für mehr Tempo 30</i> – wie können sie begründet werden?	<i>Dr. Eckhart Heinrichs, Planungsbüro LK Argus</i>
16:55	Open Space: Kommunale Kurzinputs zum Schwerpunktthema (mit Diskussion)	<i>Beiträge u. a. aus Darmstadt, Leipzig und Stuttgart</i> <i>Anmeldungen für weitere Beiträge bis 27.01. unter initiative@lebenswerte-staedte.de</i>
17:55	Abschlussgespräch: <i>Die Kommunen als Schauplatz der Mobilitätswende – was brauchen sie von der Bundespolitik?</i>	1. Miriam Dross, Umweltbundesamt 2. Dr. Eckhart Heinrichs, Planungsbüro LK Argus 3. Thomas Vielhaber, Stadtbaurat der Landeshauptstadt Hannover
18:25	Verabschiedung und Ausblick	Thomas Dienberg, Baubürgermeister der Stadt Leipzig, Sprecher der Initiative „Lebenswerte Städte“

Moderation: Burkhard Horn

Bitte melden Sie sich bis zum 27.01.2023 über das Online-Formular auf <http://lebenswerte-staedte.de/konferenzanmeldung.html> an. Sie erhalten dann kurz vor der Veranstaltung die Zugangsdaten zur Teilnahme an der Konferenz.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und Ihre Mitwirkung!

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Dienberg und Frauke Burgdorff
Sprecher und stellvertretende Sprecherin der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“
Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau, Leipzig
Stadtbaurätin und Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität, Aachen